

Haushaltsrede 2019

Horst Strümann, Dr. Stefan Müller, Eberhard Landes



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Baubürgermeisterin Dr. Mösel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ende Januar 2019: ein kindlich wirkender Teenager aus Schweden fordert auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos von den Großen der Welt:

„Ich will nicht, dass Ihr hoffnungsvoll seid, ich will, dass Ihr in Panik geratet. Ich will dass Ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre und dann will ich, dass Ihr handelt, als würde Euer Haus brennen.“

Diese Worte gingen um die Welt. – Wie geht die Welt, wie gehen wir damit um? Die junge **Klimaaktivistin, Greta Thunberg**, ist derzeit häufig in den Schlagzeilen. Viele bewundern sie für ihren Mut, andere belächeln und verspotten sie. Viele Jugendliche folgen ihr inzwischen nach und unterstützen ihre Forderungen, indem sie ebenfalls an Freitagen auf die Straße gehen, um zu demonstrieren.

Ist die Aufforderung, in Anbetracht des Klimawandels in Panik zu geraten, überzogen?

Gewiss: Angst ist ein schlechter Ratgeber, wenn es darum geht, ausgereifte Entscheidungen zu treffen. Angst hat aber auch eine wichtige Funktion: Sie warnt uns vor möglichen Gefahren und veranlasst uns, etwas zu unternehmen, um diese Gefahren abzuwenden.

Das Heimtückische an den Folgen unseres umweltschädlichen Handelns ist doch, dass wir nicht unmittelbar spüren, was wir anrichten und dass wir vieles erst merken, wenn es bereits zu spät ist.

Spätestens der heiße, nicht enden wollende Sommer 2018 hat viele Menschen nachdenklich gemacht. Allerdings verfallen viele

inzwischen schon wieder in einen Zustand, der einer Mischung aus Verharmlosung und Resignation gleich kommt: Was kann ein Einzelner schon tun?

Nehmen wir die Worte Gretas doch einmal zum Anlass, um aus ihrer Perspektive unsere Stadt und ihre ökonomische und ökologische Entwicklung zu betrachten. Nicht angstvoll oder panisch, aber aufgeweckt und sensibilisiert. Was würden wir mit den Augen von Greta Thunberg sehen?

Folgen wir ihr auf einem Spaziergang durch Neckarsulm. Was sieht sie? Da ist eine durch Gewerbe- und Industrieansiedlungen sehr reich gewordene und an Autos sehr reiche Stadt. Die Straßen quellen über, es ist laut, die Luft voller Abgase.

In der Innenstadt muss Greta sehr aufpassen, wenn sie die Straßen entlanggehen oder gar überqueren will. Hier herrscht nämlich ein sehr reger Autoverkehr und mancher Autofahrer scheint das Wort Geschwindigkeitsbegrenzung nicht zu kennen. Hinzu kommt, dass absurderweise Fußgängerüberwege in Dreißiger- oder Zwanzigerzonen nicht gestattet sind. Fußgänger haben sich unterzuordnen. Die **Aufenthalts- bzw. Lebensqualität in der Innenstadt** ist hierdurch erheblich eingeschränkt!

Durch mehrere teure Gutachten zum **Anschluss der Binswanger Straße an die B 27** wurde uns die Reduktion des Verkehrsflusses in der Innenstadt versprochen. Diese Untersuchungen sind nun durch die neuesten Entwicklungen, sprich: **Folgen des vierspurigen Ausbaus der B 27** mit dem Wegfall wichtiger zu- und abführender Straßen, Spitalstraße und Neuenstädter Straße, endgültig ad absurdum geführt.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass wir Grünen hinsichtlich des Ausbaus der B 27 schon seit langem große Zweifel an einer

zufriedenstellenden Lösung speziell im Bereich der Aral-Tankstellen hatten. Dabei wurden wir seitens der Verwaltung regelmäßig auf die Zuständigkeit und die Lösungen des Bundes vertröstet.

Erst auf unser wiederholtes Drängen und Nachfragen der Stadt beim Regierungspräsidium wurde jetzt klar, welche Folgen der vierspurige Ausbau der B 27 tatsächlich haben wird.

Sollte er tatsächlich so erfolgen und der Gemeinderat entgegen unserer Positionierung für den Anschluss der B 27 an die Binswanger Straße stimmen, würden wir nach heutigem Stand 38 Millionen € setzen, wovon ca. 21 Millionen € die Stadt tragen müsste, ohne an dem aktuellen Status quo einer verkehrsüberlasteten Innenstadt Wesentliches zu verändern.

So würde der Verkehr am Neuberg und an der Viktorshöhe und in der Innenstadt deutlich zunehmen.

Zu den entstehenden Kosten ist zu sagen, dass bei dem derzeitigen Anstieg der allgemeinen Baukosten von deutlich höheren Summen, als den soeben genannten ausgegangen werden muss.

„Ihr gebt viel Geld aus zum Ausbau einer Straße, wodurch wiederum andere Straßen versperrt werden und gebt dann noch mal so viel Geld aus, um dies durch den Bau weiterer Straßen wieder auszugleichen?“ Greta schüttelt verständnislos den Kopf: „Was für ein Irrsinn! Und das alles für ein Verkehrsmittel, das einen hohen Anteil an der CO₂-Belastung unserer Umwelt hat und damit einen großen schädlichen Einfluss auf das Klima!“

Wir Grünen vermissen hier jegliches vorausschauende und nachhaltige Konzept! Stattdessen erweckt die Herangehensweise der Stadt an die Verkehrsprobleme den Eindruck von Flickschusterei.

Wir erwarten ein sehr kritisches Hinterfragen der derzeitigen Pläne des Bundes bzw. des Regierungspräsidiums hinsichtlich des vierspurigen Ausbaus der B 27. Diese „Lösungen“ sind für uns nicht akzeptabel!

Es bedarf eines umfassenden Konzepts, basierend auf einer längst überfälligen Verkehrswende.

An dieser Stelle möchten wir Grünen noch einmal klar sagen, dass wir nicht radikal gegen den Bau jeglicher Straßen sind. So würden wir eine **Ertüchtigung des Anschlusses der Südtangente** an die B 27 ausdrücklich befürworten. Die jetzt möglich gewordene Verbreiterung der Unterführung der Autobahn im Bereich der Südtangente beinhaltet die Möglichkeit der Verkehrsführung an der Firma Bechtle vorbei und die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Stelle des Pendlerparkplatzes, von wo aus der Verkehr in Richtung Süden und Norden verteilt würde. Anwohner, die hier belästigt würden, gibt es im Gegensatz zu den anderen Lösungen nicht. Zugleich würde der Kreisel am ASW-Autohaus entlastet.

Dass allerdings immer noch **viel zu viel Geld primär in die direkte oder indirekte Förderung des Motorisierten Individualverkehrs** gesteckt wird, kann man auch an den Zahlen unserer Haushaltsinvestitionen ablesen:

Mittel für den immens wichtigen **Ausbau des städtischen ÖPNV** lässt der Plan gänzlich vermissen, obwohl eine im Gemeinderat kürzlich vorgestellte Analyse hier dringenden Handlungsbedarf angemahnt hat und in nur knapp eineinhalb Jahren eine Neuaufstellung unseres ÖPNV ansteht. Bedeutet dies etwa schon wieder eine Verschiebung dieses Projekts um weitere zwei Jahre? Das wäre für uns inakzeptabel und der Bevölkerung nicht vermittelbar! Wir benötigen dringend und

zeitnah ein mit den Nachbarkommunen gut abgestimmtes, eng verzahntes, preisgünstiges ÖPNV-Gesamtkonzept!

Die Vorbereitungen für die **Bahnunterführungen des Radweges** nehmen mit für 2019 bereitgestellten Planungskosten von 50.000 € und für 2021 vorgesehenen Baukosten von 2,5 Mio. € immerhin allmählich Gestalt an. Doch steht dieses Projekt ohne ein ausgereiftes Radverkehrskonzept isoliert für sich alleine da. Für ein solches Konzept sind aktuell bedauerlicherweise keine Investitionen vorgesehen.

Für den Anschluss der B 27 hingegen wird 2019 eine Summe von 700.000 € bereitgestellt, nachdem hierfür in den vergangenen Jahren schon etliche Hunderttausend Euro u. a. für Gutachten ausgegeben worden sind. In den Jahren 2020 und 2021 sind Ausgaben von aufaddiert 4,3 Mio. für den Neubau Schimmele und die Abfahrt der B27 eingeplant.

Für den **Mobilitätspakt HN/NSU** sind bis einschließlich 2021 überhaupt keine Gelder vorgesehen. Erst für 2022 ist gerade einmal die spärliche Summe von 750.000 € anvisiert. Ein untragbarer Zustand, der die Bevorzugung des Motorisierten Individualverkehrs aus unserer Sicht nochmals unterstreicht.

Bzgl. des Themas **hohes Verkehrsaufkommen in der Innenstadt** hoffen wir inständig auf eine Verbesserung durch ein entsprechendes **Parkraummanagement**, das wir schon vor etlichen Jahren eingefordert haben. Die Zähigkeit, mit der solche Prozesse vorangehen, ist angesichts der anstehenden Probleme unerträglich.

Immerhin wird allein die **Sanierung der Tiefgarage Sonnengasse** unsere Kommune in den kommenden drei Jahren 2,25 Millionen € kosten.

Herr Oberbürgermeister, Frau Dr. Mösel, bei Fragen zu einem städtischen Verkehrskonzept verweisen Sie immer wieder auf den **Mobilitätspakt**, dessen detaillierten Inhalt wir voraussichtlich Ende März erfahren dürfen. Sicher ist zumindest, dass ein - vom Land finanzierter - Radschnellweg in diesem Pakt enthalten ist. Auf das Manko fehlender Investitionen des aktuellen Haushaltes in ein schlüssiges Radverkehrskonzept hatte ich bereits hingewiesen.

Bereits vor vier Jahren haben wir Grünen in diesem Zusammenhang die **Mitgliedschaft Neckarsulms in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen** beantragt, wurden damals allerdings überstimmt. Jetzt bringt die Verwaltung selbst einen solchen Antrag ein. Der Verwaltungsausschuss hat dem Vorschlag bereits zugestimmt. Wir hoffen inständig, dass auch der Gemeinderat in der heutigen Sitzung diesem Antrag folgt. Es ist allerhöchste Zeit, hier endlich Maßnahmen zu treffen, die den CO₂-Ausstoß reduzieren helfen. Das Haus brennt!

Neckarsulm war einmal stolze europäische Solarhauptstadt! Diese Zeiten liegen lange zurück. Wäre es nicht dringend an der **Zeit für ein neues visionäres Konzept** einer immer noch recht wohlhabenden Kommune mit mehreren sehr starken Global Playern an ihrer Seite? Wir könnten gemeinsam mit den Nachbarkommunen **Vorreiter für**

eine zukunftsfähige Energie- und Verkehrspolitik werden. Derzeit fehlt Neckarsulm ein solches visionäres Ziel, das über manche Widrigkeiten hinweg helfen kann und das verbindet, statt spaltet. Wir sollten lieber noch etwas Zeit verwenden, nachdenken und an Veränderungen arbeiten, anstatt viele Millionen Euro in Lösungen zu investieren, die von gestern sind. Hier bietet sich eine einmalige Gelegenheit für eine Zäsur und einen Neuanfang sowie eine große Positionierung! Sehen wir die Krise als Chance, ergreifen wir diese Gelegenheit beim Schopf!

Uns Grünen geht es um eine **Verkehrswende**, wie sie derzeit in verschiedenen europäischen und deutschen Städten diskutiert und bereits in Angriff genommen wurde (z. B. Kopenhagen, Wien, Berlin und München). So sollen dort beispielsweise öffentliche Flächen zugunsten von öffentlichen Verkehrsmitteln, Radlern und Fußgängern neu eingeteilt werden. Umweltfreundliche Mobilitätsformen werden gegenüber dem Autoverkehr bevorzugt und anderes mehr.

Greta spricht bei ihrem Stadtspaziergang mehrere Passanten an und erfährt:

Das ist eine reiche Stadt, deren Einwohner besorgt feststellen müssen, dass der Reichtum nicht ewig dauert und das Einkommen von einem Höchststand im Jahre 2013 auf ein Niveau unterhalb der Hälfte geschrumpft ist, sich hier aber jetzt immerhin zu stabilisieren scheint. Einige der in den Zeiten voller Kassen errichteten Gebäude bewirken hohe Folgekosten, die die Haushaltskasse stark belasten. Auch die **Personalkosten** schnellen unaufhörlich in die Höhe. Dies macht uns große Sorgen und wir drängen darauf, diese Probleme in den Griff zu kriegen!

Herr Oberbürgermeister, wir begrüßen die von Ihnen für das Jahr 2020 vorgeschlagene **Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer** ausdrücklich, wohl wissend, dass dies nicht überall auf Gegenliebe stößt. Eine Maßnahme, die wir vor längerer Zeit bereits wiederholt angemahnt haben. Nur so lassen sich die für die Allgemeinbevölkerung entstehenden vermehrten finanziellen Belastungen als einigermaßen gerecht verteilt darstellen und die sich uns stellenden Herausforderungen bewältigen.

Aus Gretas und auch unserer Perspektive ist es darüber hinaus erfreulich, festzustellen, dass sich die Stadt sehr für die **Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen** stark macht: Neubau und Ausbau von Kitas, Generalsanierung der Hermann-Greiner-Realschule, Gründung einer Verbundschule, Finanzspritzen für das Albert-Schweitzer-Gymnasium und die Schulen in Amorbach, Stadien und Sportplätze, etc. Wenngleich diese Maßnahmen auch eine enorme Belastung für unseren Stadthaushalt bedeuten, so sind sie doch eine unabdingbare Investition in die Zukunft unserer Kinder. Und selbst die jetzt geplanten Kitas sind unseres Erachtens nicht ausreichend.

Die **Kitagebühren** haben sich in den letzten zwei Jahren von 120 € pro Tagesplatz und Kind auf 360 € erhöht. Weitere deutliche Erhöhungen bis zu über 600 € pro Monat und Kind stehen in den nächsten Jahren an. Dies ist durch den Gemeinderat so abgesegnet. Wir Grünen haben diese Vorgehensweise von Anfang an bekämpft und fordern zumindest nach Einkommen gestaffelte Gebühren. Langfristig müssen Kitas, genau wie Schulen und Universitäten kostenlos sein.

Nochmals hinweisen wollen wir auch auf die unbedingte Notwendigkeit der **Förderung bezahlbaren Wohnraums** und zwar über sämtliche Stadtteile verteilt. Wenn wir nicht jetzt aktiv werden, fördern wir das Entstehen sozialer Spannungen.

Wir können und sollten es uns nicht leisten, baureife Flächen brachliegen zu lassen und lediglich auf investorengestützten, hochpreisigen Wohnungsbau zu setzen.

Der Gemeinderat hat sich im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit für den **Erhalt und die Renovierung des Aquatolls** ausgesprochen. Dies geschah in vollem Bewusstsein der betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten einerseits, aber andererseits auch im Sinne der Lebensqualität von Familien und Senioren in Neckarsulm.

Wir Grünen sind uns als Unterstützer dieser Entscheidung der großen finanziellen Belastung und Verantwortung durch das Projekt voll bewusst. Daher befürworten wir eine weitere enge Einbindung des Gemeinderates bzgl. jeden Entwicklungsschrittes. Wir sehen auch, dass es weiterhin bezüglich des Marketings und neuer werbewirksamer Veranstaltungsideen für das Aquatoll noch Luft nach oben gibt. Dies soll gleichzeitig als ein Appell für die neue Leitung gelten.

Zusammenfassend können wir in Anbetracht der in diesem Haushalt

- fehlenden finanziellen Perspektiven für den ÖPNV
- fehlender geplanter Investitionen für ein Radverkehrskonzept und dessen Umsetzung
- einem fehlenden Konzept „Gemeinsame Fahrten zur Arbeit“
- sozial unausgewogener, steigender Kitagebühren

- sowie fehlender Investitionen in bezahlbaren Wohnraum

dieses Jahr dem Haushaltsplan nicht zustimmen und wir denken, dies ist auch in Gretas Sinne.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Hertwig, sowie Ihnen, Frau Dr. Mösel und insbesondere bei Ihnen, Herr Kaufmann und Ihren MitarbeiterInnen der Stadtkämmerei für die Erstellung dieses Haushaltsplans.

Ferner danken wir den Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Haushaltsjahr.

Wir bedanken uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die konstruktiven und kollegialen Auseinandersetzungen im abgelaufenen Jahr.

Ebenfalls möchten wir uns bei den Vertretern der Presse für die Berichterstattung bedanken.

Horst Strümann, Dr. Stefan Müller, Eberhard Landes

Bündnis 90/Die Grünen, 28.02.2019